

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 27.01.2022  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:35 Uhr  
**Sitzungsort:** Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Kruse, Doris

#### **SPD-Fraktion**

Götze, Horst  
Kruse, Detlef  
Noetzel, Sabine

#### **CDU-Fraktion**

Held, Wilke  
Ohling, Albert

#### **Gruppe GRÜNE feat. Urmel**

Göring, André  
Nützel, Christian

#### **FDP-Fraktion**

Busch, Friedrich

#### **GfE-Fraktion**

Janssen, Bernd

#### **Gruppe DIE FRAKTION**

Mennenga, Lars

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Deitenbach, Daniel  
Dodden, Johann  
Höcker, Eike  
Kröger-Vodde, Malte  
Lechner, Katja  
Mentjes, Zerrin  
Termöhlen, Claas

#### **von der Verwaltung**

Sprengelmeyer, Thomas  
Häwel, Sven  
Seul, Elisabeth

#### **Protokollführung**

Bleeker, Sonja

#### **Gast**

Winter, Maria

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Kruse** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

**Frau Kruse** nimmt die Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten und beratenden Mitglieder Daniel Deitenbach, Johann Doden, Eike Höcker, Malte Kröger-Vodde, Katja Lechner, Zerrin Mentjes und Claas Termöhlen gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

TOP 5 Vorstellung des Budgets 2022 für den Fachbereich 600 Jugend, Schule und Sport  
Vorlage: 18/0189

**Herr Sprengelmeyer** begrüßt die Anwesenden. Er freue sich auf die zukünftige Zusammenarbeit und begrüßt, dass weitere Lehrkräfte und Schulleiter\*innen Mitglieder dieses Schulausschusses seien. Insbesondere erfreue ihn die Anwesenheit des Schülerversprechers. Er informiert, ursprünglich sei eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe-, Schul- und Sportausschusses mit Durchführung eines Workshops geplant gewesen. Aufgrund der hohen Personenzahl sei dies verschoben worden. Im Rahmen eines noch zu terminierenden Workshops solle, sofern es die Corona-Lage dann zulasse, auf die Inhalte des Fachbereiches und seiner Fachdienste eingegangen werden.

Er nimmt Bezug auf die heutige Presseberichterstattung zur Budgetkalkulation und weist darauf hin, dass in diesem Artikel einige Zahlen nicht richtig wiedergegeben worden seien.

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses

Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt er einen Überblick über das Budget sowie die strategische Zielsetzung, die Aufbauorganisation und die Ausrichtung des Fachbereiches 600. Der Schwerpunkt liege auf dem Jahr 2022. Bei der Vorstellung der Fachdienste würde er sich auf die Finanzen beschränken. Weiterführende inhaltliche Fragen würden in einem Themenspeicher für den Workshop aufgenommen. Zwischenfragen könnten gestellt werden.

Die Gesamt-Präsentation des Fachbereiches 600 ist unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Göring** habe persönlich festgestellt, dass es Verzögerungen in der Rechnungslegung der Kita-Beiträge gebe. Er fragt nach Verzögerungen in anderen Bereichen und ob dies ggf. Auswirkungen auf die Erträge habe. **Herr Sprengelmeyer** antwortet, Ein- und Ausgaben würden periodengerecht dargestellt.

**Herr Janssen** nimmt Bezug auf die Stellenerweiterungen und bittet um Erläuterung. **Herr Sprengelmeyer** macht darauf aufmerksam, dass es sich um das Ergebnis und nicht um die Planung von 2020 handele. In einem großen Fachbereich wie dem Fachbereich 600 gebe es immer Stellenvakanzen. Sobald Mitarbeitende über sechs Wochen erkrankt seien, greife das Krankengeld. Im Verlauf der Präsentation werde er noch näher darauf eingehen.

Anschließend erläutert **Herr Groeneveld** das Budget des Fachdienstes Schule, Bildung und Sport.

Auch **Herr Groeneveld** nimmt Bezug auf die genannte Presseberichterstattung. Er erklärt, in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen seien auch die Mieten für die Schulgebäude enthalten. Eigentümer der Schulgebäude sei das Gebäudemanagement. In dem Presseartikel seien höhere Kosten für Gebäude und eine Summe i. H. v. 1 Mio. € genannt worden. Er korrigiert, das Ergebnis des Jahres 2020 werde dem Ansatz des Jahres 2022 gegenübergestellt. In den letzten beiden Jahren habe es sowohl bei der Miete wie auch bei den Bewirtschaftungskosten eine Erhöhung von jeweils knapp 1 Mio. € gegeben, so dass in Summe 10 Mio. € an das Gebäudemanagement zu zahlen sei. Eine weitere Erhöhung gebe es bei der Verkehrssicherheit der Sportanlagen. Diese Erhöhung sei der Corona-Situation geschuldet, weil während der Pandemie kaum Meldungen von den Sportvereinen wegen der Verkehrssicherheit eingegangen seien.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Göring** fragt an, warum bei den Sach- und Dienstleistungen eine Steigerung der Bewirtschaftungskosten Schulen eingeplant worden sei. **Herr Groeneveld** antwortet, es handele sich um die gewöhnliche Steigerung der Mietnebenkosten.

**Herr Held** befürwortet die Digitalisierung an Schulen. Er erinnert an die Diskussion in der vergangenen Wahlperiode hinsichtlich der Personalerweiterung im Bereich des Medienzentrums und bezieht sich auf das Protokoll des Schulausschusses vom 22.06.2021. Herr Groeneveld habe seinerzeit ausgesagt, dass eine bessere Personalaufstellung für das Medienzentrum nötig sei. Er erkundigt sich, ob weitere Stellen eingeplant seien. **Herr Groeneveld** sagt, er stehe zu seiner Aussage. Es werde auch für die Zukunft weiterhin Stellenbedarfe im Medienzentrum geben, weil die Aufgaben sich intensivieren. Derzeit erfolge die Umsetzung des Digitalpaktes, für den derzeit keine Stellenanpassung erforderlich sei. Im Nachgang müssten die Schulen weiter betreut werden. Aktuell würden Fördermöglichkeiten für die Beantragung befristeter Stellen für die Betreuung und Systemadministration der Schulen geprüft. **Herr Sprengelmeyer** ergänzt, dass diese Stellen im Stellenplan noch nicht aufgeführt seien.

**Frau Noetzel** spricht den Landeszuschuss für Systembetreuung i. H. v. 190.700 € an. Ihrer Kenntnis nach gebe es einen eigenen Landeszuschuss für Berufsbildende Schulen. Dieser würde nach den Schülerzahlen berechnet. Für die beiden Emdener Berufsbildenden Schulen ergebe sich demnach eine Summe von knapp 100.000 €. Sie fragt, ob es tatsächlich so sei, dass alle anderen Schulen im Berufsbildenden-Bereich nur noch die restliche Summe des Zuschusses von rund

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses

90.700 € erhalten würden. **Herr Groeneveld** teilt mit, die Berechnung erfolge nach den Schülerzahlen. **Frau Noetzel** möchte wissen, ob dies ein Zuschuss nur für die Berufsbildenden Schulen sei. **Herr Groeneveld** gibt an, dass Berufsbildende Schulen mehr Kosten in diesem Bereich verursachten als im Vergleich eine Grundschule. Deshalb mache eine 1:1 Aufteilung wenig Sinn. Ziel sei, den Digitalpakt für alle Schulen umzusetzen. **Frau Noetzel** erklärt, es gehe ihr nicht um den Digitalpakt, sondern generell um den Landeszuschuss „Digital“ für Berufsbildende Schulen. Diesen Zuschuss gebe es seit 2016. **Herr Groeneveld** stellt klar, es handele sich um Landesgelder für die Systembetreuung. Diese sei noch nicht vollständig vorhanden, sondern werde derzeit von den Systembetreuern eingerichtet. D. h. an allen Schulen würden die Systeme wie beispielsweise die Planung der Glasfaserverbindungen, das WLAN, die Ausstattung der Hardware etc. eingerichtet. Die Systembetreuung werde über diesen Landeszuschuss finanziert. Er weist darauf hin, dass von diesen Geldern auch die Personalkosten der Fachkräfte des Medienzentrums sowie anderweitige anfallende Kosten gedeckt werden müssten. Aktuell seien im Medienzentrums drei Fachkräfte und zwei Auszubildende beschäftigt. **Herr Sprengelmeyer** signalisiert Gesprächsbereitschaft für einen weiteren Klärungsbedarf.

**Herr Busch** stellt fest, die Kostensteigerungen seien in allen Fachbereichen sichtbar. Es scheine, dass sich auch die Fraktionen mit dieser Situation abfinden. Er erkundigt sich nach Einsparpotenzialen. Er stellt beispielhaft eine Kostenkalkulation für die Gebäudereinigung an Schulen auf und sagt, es gehe ihm um die Herstellung der Plausibilität. **Frau Kruse** teilt mit, dass die Frage von Herrn Busch im Rahmen der Präsentation beantwortet werde.

**Herr Göring** spricht die zugewonnenen Stellen im Fachdienst Jugendhilfe an und fragt, ob die daraus resultierenden Kosten durch den höheren Teil der Rückholquote gedeckt würden. **Herr Sprengelmeyer** verneint dies. Es handele sich um Stellen, die nicht von Beiträgen ausgeglichen würden. Beim Kostenbereich Unterhaltsvorschuss hätten die Erträge und Aufwendungen eine ungefähre Deckung. Er macht darauf aufmerksam, dass es keine vergleichbare Verwaltungsstelle gebe, weil andere Verwaltungsstellen keine Gegenrechnung von Erträgen hätten. Sollte sich die Rückholquote für den Unterhaltsvorschuss erhöhen und tatsächlich ein Überschuss erzielt werden, könne dieser in das Gesamtergebnis einfließen.

**Frau Winter** erkundigt sich wie die Rückholquote in Emden im Vergleich zu anderen Kommunen ausfalle. Für sie sei lediglich eine prozentuale Steigerung erkennbar. Sie bittet um Erläuterung. **Herr Sprengelmeyer** führt aus, bei anderen Kommunen variiere die Rückholquote zwischen 10 % und 30 %, bei wenigen Kommunen auch in Richtung 40 %. Dies sei von verschiedenen Faktoren abhängig, u. a. sei die soziale Lage der Gemeinschaft ein Indiz dafür.

Das Personal in den Unterhaltsvorschuss-Bereichen müsse hochgradig qualifiziert sein. Mittlerweile würden die Verfahren bis hin zum Gericht betreut. Die Fortbildung des Personals sei in den letzten Jahren erheblich forciert worden. Das Emdener Team sei komplett verjüngt worden. Der Anstieg der Rückholquote zeige den Erfolg. Es sei ein neuer KGSt-Vergleichsring für Kreise und kreisfreie Städte in Niedersachsen gestartet worden. Die Stadt Emden werde sich daran beteiligen. Sobald Ergebnisse vorliegen, würden diese vorgestellt.

**Herr Göring** spricht die Elternentgelte im Bereich FD Kinder und Familien an. Er erkundigt sich nach offenen Posten aus den Jahren 2019 und 2020. Er stellt fest, dass die Personalkosten sich ziemlich stark darstellten, weil die Stadt Emden zwei eigene Kindertageseinrichtungen betreibe. Er erkundigt sich nach vakanten Stellen.

**Herr Sprengelmeyer** antwortet, in dem Bereich würde es immer Stellenvakanzen geben. Die Personalfuktuation entstehe auch aufgrund der Familienplanung von Erzieherinnen. Die Stadt Emden sowie die Träger würden auf eine gute Arbeitsatmosphäre achten. Er denke, dass die Stadt als Arbeitgeberin gefragt sei. Aktuell gebe es vakante Stellen im Hort „Cirksena“. Vorstellungsgespräche fänden statt.

Die Frage nach den noch offenen Forderungen der Jahre 2019 bzw. 2020 müsste über das Protokoll beantwortet werden. Jedoch könne er sich dies nicht vorstellen, weil die Abrechnungen periodengerecht abgerechnet würden. Er räumt ein, dass es im Bereich Elternbeiträge erhebliche

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses

Personalprobleme aufgrund von Stellenvakanzen gebe. Dies sei bereits des Öfteren thematisiert worden. Er räumt ein, dass dies für Eltern ärgerlich sei.

### Anmerkung der Protokollführung:

*Lt. Mitteilung des FD Kinder und Familien, Herr Christians, v. 25.02.2022 ist hier zunächst zu unterscheiden zwischen den Verpflegungsentgelten sowie den Krippen- bzw. Hortentgelten. Die Entgelte der städtischen Einrichtungen für die Verpflegung der Jahre 2019/2020 sind vollständig mit den Eltern abgerechnet worden. Betreuungsentgelte sind lediglich für eine Krippengruppe in der Kita Schwabenstraße sowie für vier Gruppen in der verlässlichen Schulkindbetreuung Cirkenaschule abzurechnen. Auch diese Festsetzungen sind für die Jahre 2019/2020 bis auf wenige Fälle endgültig erfolgt, in denen Neuberechnungen beantragt wurden oder Einkommensunterlagen der Eltern fehlen. Aufgrund vorläufiger Festsetzungen in diesen noch laufenden Fällen resultieren daraus kaum finanzielle Auswirkungen.*

**Herr Göring** spricht die Kita-Ausbauplanung an. Er fragt, ob die Kosten für Betreuungsplätze auch bei geringerer Nachfrage auf dem gleichen Niveau bleiben würden. **Herr Sprengelmeyer** denke nicht, dass die Kosten von sich aus gesenkt würden. Er gehe vielmehr von Diskussionen im Bereich der Qualität aus, d. h. um die Frage einer dritten Fachkraft, die Gruppengröße, bilinguale Kindertageseinrichtungen etc. Zudem sei von Tarifsteigerungen auszugehen. Vielleicht könne es auch Förderungsmöglichkeiten von Bund und Land geben. Aktuell gebe es Betreuungsbedarfe und deswegen müsse der Ausbau umgesetzt werden. Insbesondere im Bereich der Schulen gebe es die Anforderung, ganztägige Betreuung aufzubauen. In den letzten Jahren würden auch die Anforderungen von anderer Seite steigen, beispielsweise gebe es Forderungen von Eltern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Von Seiten des Bundes und Landes sei der Ganztagsausbau beschlossen worden. Sollte tatsächlich einmal eine Einrichtung nicht mehr entsprechend genutzt werden, könnte sie beispielsweise als Senioreneinrichtung umfunktioniert werden. Bei der Bauplanung würden bereits andere Nutzungsmöglichkeit in Betracht gezogen.

**Herr Göring** erklärt, es ginge ihm nicht um die Einsparung von Geldern, sondern um die grundsätzlichen Kosten für einen belegten Kita-Platz. **Herr Sprengelmeyer** erläutert, dass nur belegte Kita-Plätze abgerechnet würden. Habe der Träger einen geringeren Aufwand, reduziere sich natürlich auch der städtische Zuschuss.

**Frau Winter** gehe nicht von Einsparungen in diesem Bereich aus. Auch in den geplanten Neubaugebieten, wie beispielsweise im Stadtteil Conrebbersweg, liege der Fokus auf die Ansiedlung von jungen Familien mit Kindern. Ziel sei eine Qualitätssteigerung bei den Kitas. Für eine qualitativ gute Betreuung sei es wichtig, auf der niedrigen Schwelle, d. h. bei den kleinen Kindern, zu beginnen. Ihrer Meinung nach sei dies eine gute Investition.

**Herr Sprengelmeyer** fügt hinzu, die SGB VIII-Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes werde ein wesentlicher Teil im Workshop sein. Der Kinderschutz sowie der Bereich Inklusion und Teilhabe in Kitas und Schulen werde gefordert. Dies werde erheblich mehr an Qualitätsstandards bringen.

Als Abschluss geht er auf die freiwilligen Leistungen des mit Abstand ausgabenstärksten Fachbereiches der Stadt Emden ein und auf die Bereitschaft von Rat und Verwaltung, darauf freiwillig zu verzichten. Den Mitarbeiter\*innen und Führungskräften sei der Ernst der Lage sehr bewusst. Innerhalb der Verwaltung und mit der Politik sei eine konstruktive und transparente Diskussion über das, was machbar und sinnvoll sei, zu führen.

**Frau Kruse** bedankt sich bei den Herren Sprengelmeyer und Groeneveld für die Vorstellung und bittet mit Blick auf die Zeit um letzte Fragestellungen.

**Herr Göring** hält fest, dass während der Corona-Pandemie Jugendbereiche, z. B. Jugendzentren geschlossen gewesen seien. Er erkundigt sich, ob es auch in diesem Bereich Personalabordnungen gegeben habe. Ggf. möchte er wissen, ob eine interne Verrechnung stattfinde und sich Erträge dadurch erhöhen würden. **Herr Sprengelmeyer** antwortet, alle Fachdienste würden das

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses

Gesundheitsamt unterstützen. Sozialarbeiter aus den Jugendzentren seien bei der Kontaktnachverfolgung eingesetzt worden. Diese Kosten würden nicht intern verrechnet. Im Übrigen sei der Fachbereich 600 der größte Fachbereich und müsse proportional Personal zur Verfügung stellen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

### **1. Antrag Stadtelternrat**

**Herr Nützel** teilt mit, der Gruppe GRÜNE feat. Urmel liege ein Antrag des Stadtelternrates Schulen für eine Erweiterung der Tagesordnung des Schulausschusses für den 09.02.2022 vor. Er fragt, ob dieser Antrag der Verwaltung vorliege und berücksichtigt werde. Sollte dies nicht der Fall sein, fordere er eine Aufnahme auf die Tagesordnung. **Herr Sprengelmeyer** bejaht, der Antrag des Stadtelternrates Schulen sei auf die Tagesordnung gesetzt worden.

### **2. Endgeräte für Lehrkräfte**

**Herr Held** sagt, er habe zum Thema Endgeräte für Lehrkräfte eine schriftliche Anfrage gestellt, welche von der Verwaltung beantwortet worden sei. In der Antwort heiße es, dass die Auslieferung in der 3. KW 2022 beginnen werde. Er möchte wissen, welche Schulen bereits beliefert worden seien und wie viel Vorlaufzeit den Schulen vor der Lieferung eingeräumt werde. **Herr Groeneveld** antwortet, die Auslieferung habe begonnen und die Schulen würden fortlaufend abgearbeitet. Jedoch könne er nicht benennen, welche Schulen bereits beliefert worden seien. Er sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu. **Herr Held** bittet, auch die Vorlaufzeit der Schulen über das Protokoll mitzuteilen.

#### Anmerkung der Protokollführung:

*In der Sitzung des Schulausschusses am 09.02.2022 (TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters) ist die Anfrage von Herrn Held (CDU-Fraktion) von Herrn Groeneveld (FD Schule, Bildung und Sport) beantwortet worden.*

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.